

MEP ANDREAS SCHIEDER

Wir Sozialdemokrat*innen verlangen ein sozialeres Europa

Interview von **Fritz Edlinger**

International: Vor kurzem hat unter dem Slogan „Konferenz zur Zukunft Europas“ eine breite Kampagne der EU begonnen, in deren Rahmen möglichst viele Menschen aus allen Mitgliedsstaaten ihre Ideen und Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der EU formulieren sollen. Ob dies dann auch zu einer Änderung der Struktur der EU führen wird, ist noch ungewiss. Zunächst geht es also um einen möglichst breiten Diskussionsprozess. Du bist dort auch als Vertreter der Europaparlamentes dabei. Was erwartest Du persönlich von dieser Konferenz?

Andreas Schieder: Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine große Chance, wenn man sie tatsächlich nützt. Ich vertrete dort die SPÖ-Fraktion in Europaparlament und die neue SPÖ-Frauenvorsitzende Eva Holzleitner die SPÖ-Fraktion des österreichischen Parlamentes. Wir haben dadurch die Möglichkeit, unsere Vorschläge dort einzubringen. Meiner Überzeugung nach kann sich die Europäische Union nur dann wirklich weiter entwickeln, wenn auch die soziale Dimension in Europa deutlich gestärkt wird. Zuletzt sind auch wieder die sozialen Widersprüche innerhalb der EU, also die Kluft zwischen Arm und Reich, unterschiedliche soziale Standards in einzelnen Mitgliedsstaaten, Ausbeutung von Wanderarbeitern als Beispiel, klar zutage getreten. Dies führt zu Problemen und Spannungen. Die EU muss gerade zu diesen Fragen konkrete Antworten finden. Dies ist zweifellos eine der zentralen Fragen der Zukunftskonferenz. Die anderen sind der Klimawandel, die Rolle der EU in der Welt in Bereichen wie Menschenrechte und Frieden. Dazu kommen natürlich auch institutionelle Themen wie Stärkung der europäischen Demokratie, des Europäischen Parlaments.

Ob diese notwendigen Veränderungen, Verbesserungen auch tatsächlich gelingen werden, ist nicht einfach vorherzusehen. In dem Prozess sind natürlich auch alle jene politischen Kräfte präsent, die bereits jetzt und in der Vergangenheit Maßnahmen blockiert haben, letztlich auch jene, welche europäische Institutionen de facto zerstören wollen. Hier sind vor allem die Regierungen aus Polen, Ungarn und Slowenien zu nennen, leider hat sich auch die Österreichische Bundesregierung da und dort den Blockierern angeschlossen. Das wirklich Positive an dieser Konferenz ist auf jeden Fall, dass man öffentlich über alle diese Fragen diskutieren kann.

Bleiben wir zunächst einmal bei dem von Dir bereits angesprochenen Defizit der EU im Sozialbereich. Gerade zuletzt hat die tiefe Krise im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie ja die kaum bewältig-



Alissar Najjar

baren sozialen Probleme offenbart. Das hat leider auch dazu geführt, dass manche Konservative gemeint haben, dass es ein Fehler gewesen sei, die EU auch als soziale Union zu konzipieren und man besser wieder zu der ursprünglichen Form einer europäischen Wirtschaftsunion zurückkehren soll. Wie siehst Du also gerade in Zeiten der noch nicht bewältigten aktuellen Krise sowie der ohne Zweifel auf uns zukommenden weiteren Krisen, Stichwort Klima, überhaupt die Chancen, im sozialen Bereich wesentliche Fortschritte erzielen zu können?

Soziale Mindeststandards festlegen

Schieder: Die soziale Reform ist eine entscheidende Frage. Und Jene, die meinen, Europa sollte sich nicht um eine gemeinsame soziale Ordnung kümmern, sind auch jene, die zuhause für Sozial-

abbau eintreten. Hier gibt es leider genügend negative Beispiele. Es wird gerade in der Europäischen Kommission an einem Mindestlohnmodell gearbeitet, d.h. dass jeder Arbeitnehmer im Verhältnis zum Wohlfahrtsystem seines Landes einen Mindestlohn garantiert bekommen soll, dass auch die Existenz von Gewerkschaften garantiert ist und weitere Sozial- und Arbeitsrechte. Wenn man sich nun ansieht, wer da Bedenken äußert, so sind das zumeist Leute, welche die Meinung vertreten, dass es der Wirtschaft vor allem dort besser geht, wo es geringere soziale Rechte gibt. Das ist dieselbe Auseinandersetzung seit Jahrhunderten: es geht einfach um die gerechte Verteilung des Kuchens, des sozialen Produktes. Und die Gier ist auch im 21. Jahrhundert nicht kleiner geworden. Sonst gäbe es nicht die soziale Delle auch in Europa während der Pandemie. Am Beispiel der Fleischfabrik Tönnies in Deutschland ist das jedem vor Augen geführt worden. Es gibt nach wie vor unvorstellbare Arbeitsbedingungen in verschiedensten Bereichen, wo es ganz einfach darum geht, die Profite möglichst hoch zu halten. Europäische Sozialpolitik heißt nicht, die Institutionen der Sozialpolitik wie Sozialversicherung, Krankenkassen, Arbeitsämter etc. zu europäisieren, sondern diese bedeutet, Mindeststandards in der gesamten Union festzulegen, die für alle gelten. Wenn uns das nicht gelingt, wird es immer arme Rumänen, Bulgaren und andere geben, welche bereit sind, unter nahezu jeden Bedingungen in österreichischen Landwirtschaftsbetrieben schwarz zu arbeiten. Derartige ausbeuterische Bedingungen gibt es in Spanien, Italien und anderen EU-Staaten ebenso. Das lehnen wir ab, wir wollen, dass Menschen faire und legale Arbeitsbedingungen vorfinden.

Themenwechsel: Schlagwort EU-Außenpolitik. Hier gibt es immer wieder Kritik und zwar von verschiedensten Seiten. Zuletzt wurde vor allem von konservativer Seite die Schwäche der EU im Bereich der internationalen Beziehungen kritisiert. Der frühere konservative Ministerpräsident Schwedens Carl Bildt hat zuletzt vor allem im Zusammenhang mit der Situation in Weißrussland mehr „language of power“, also den Einsatz von mehr und massiveren Machtmitteln gefordert. Hier werden ganz offensichtlich nicht nur Sanktionen gegen internationale Rechtsbrecher verlangt sondern durchaus andere noch gravierendere Mittel, man meint wohl den Einsatz militärischer Gewalt. Ist dies ein Konzept von Außenpolitik und internationalen Beziehungen, mit dem Du als Sozialdemokrat einverstanden bist?

Schieder: Aus Sicht des Europaparlaments und die ist durchaus auch stark von der Sozialdemokratie und der Linken beeinflusst, basiert europäische Außenpolitik auf den Grundsätzen Menschenrechte, Freiheit, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit. Das sind wichtige Parameter auch für außenpolitisches Engagement. Es kann also nicht nur darum gehen, sich um Krisenherde zu kümmern und hier einen friedlichen Beitrag zu leisten sondern es geht auch darum, menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Dadurch wird natürlich das Feld der Außenpolitik viel weiter, es gehört dann auch Wirtschaftspolitik und anderes dazu.

Weil Du auch Belarus angesprochen hast: Hier geht es meiner Meinung nach absolut nicht darum, ob das Land mehr EU- oder Russland-nahe ist, sondern in erster Linie darum, sich für absolut faire Wahlbedingungen für die weißrussische Bevölkerung einzusetzen. Dies wird verhindert durch den Machthaber Lukaschenko wie auch bei den Präsidentschaftswahlen im Vorjahr geschehen. Hier ist ein starkes Auftreten der EU notwendig und da sind dann auch Sanktionen ein starkes und sinnvolles Instrument. Da sind wir als EU zu langsam und auch nicht einig genug. Man darf ja nicht vergessen, dass es immer wieder Regierungen gibt, die dann Beschlüsse hintertreiben bzw. verzögern. Leider hat zuletzt auch der österreichische Außenminister aus Rücksicht auf Interessen öster-

reichischer Unternehmen, darunter Raiffeisen, rasche Beschlüsse verhindert. Und zuletzt sind bedauerlicherweise auch immer wieder Ungeschicklichkeiten der EU-Außenpolitik passiert, ich sage nur Sofagate in der Türkei und Agieren des Hohen Beauftragten für Außenpolitik in Moskau.

Für klare, einheitliche und selbstbestimmte EU-Außenpolitik

In manchen Fällen benötigen wir also eine klarere EU-Außenpolitik. Nicht selten schaffen wir es nicht zu klaren eigenständigen Positionen und wir verlassen uns darauf, dass die USA sich äußern und auch handeln. In diesem Zusammenhang muss man auch klar feststellen, dass die europäischen Interessen nicht immer automatisch mit den US-amerikanischen ident sind. Ich sage nur Nahostpolitik im allgemeinen, Syrien, Kurden etc. Hier würde ich mir eine klarere und aktivere europäische Außenpolitik wünschen.

Bleiben wir gleich bei der Frage von Sanktionen und deren Bedeutung. Gerade während der Präsidentschaft von Donald Trump ist Europa ja selbst von den USA mit Sanktionen bedroht worden, ich meine Nord Stream 2. Die Affäre scheint inzwischen gelöst zu sein, aber sie hat für Viele in Europa doch ein neues Gefühl vermittelt, nämlich selbst Ziel von erpresserischen Forderungen anderer werden zu können. Sind also Sanktionen ein außenpolitisches Allheilmittel? Die europäische Russlandpolitik, in der die EU ja ebenfalls immer wieder zum Mittel von Sanktionen greift, ohne – zumindest bislang – allzu große Erfolge erzielt zu haben, stellt doch ein Beispiel dar, welches zum Nachdenken Anlass geben sollte.

Schieder: Hier sollte man Außenpolitik umfassender und auch langfristiger sehen. Meiner Überzeugung nach sollte es um Dialog und um Gesprächsfähigkeit gehen. Im Rahmen einer so definierten Außenpolitik geht es also um langfristige Beziehungen zwischen Staaten und Staatengruppen. Diese muss man natürlich aufbauen und pflegen. Und dabei sollte man bereit und gewillt sein, auch kritische Fragen zu erörtern. Eines der Hauptprobleme der europäischen Außenpolitik liegt darin, dass sie zumeist sehr kurzfristig agiert und reagiert. Fairerweise muss man auch darauf hinweisen, dass die europäische Außenpolitik natürlich nach wie vor daran krankt, dass die Außenbeziehungen de jure ja noch Kompetenz der Mitgliedsstaaten sind und recht unterschiedliche Positionen existieren, welche dann auf gesamteuropäischer Ebene erst koordiniert werden. Dies gilt übrigens in noch stärkerem Maße auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zurück zur Frage von Sanktionen. Natürlich ist das eine relativ sanfte Methode zur Durchsetzung von Interessen auf internationaler Ebene. Es gibt – und das durchaus auch innerhalb der EU – auch Befürworter massiverer Methoden, bis hin zu militärischen Aktionen. Auch im Europaparlament werden solche Forderungen, vor allem von Mandataren rechter Parteien, erhoben. Als Sozialdemokrat aus dem neutralen Österreich stehe ich derartigen Forderungen sehr kritisch gegenüber.

Weil Du Russland angesprochen hast: Traditionell hatte Österreich als neutraler Staat immer ganz gute Beziehungen zu Russland bzw. zur Sowjetunion. Das hing sicherlich auch damit zusammen, dass Österreich einfach zu klein war, um irgendwelche Konflikte zu haben. Wir hatten auch keine Eigeninteressen. Das ist zuletzt in eine Showpolitik abgeglitten, wie sie beim Besuch von Präsident Putin bei der Hochzeit der früheren freiheitlichen Außenministerin Karin Kneissl zum Ausdruck kam. Jetzt schwankt es zwischen Extrempositionen, entweder setzt sich die Wirtschaftskammer mit ihren Wirtschaftsinteressen durch oder wir beteiligen uns still und leise an der Sanktionspolitik. Beides entspricht nicht



der herkömmlichen Rolle Österreichs, einen Weg dazwischen zu suchen. Hier ginge es ja nicht in erster Linie um gute Kontakte zu Putin, dessen Politik schon sehr kritisch zu betrachten ist, sondern auch um solche mit Intellektuellen, Künstlern, Parlamentariern. Es wird ja auch eine Zeit nach Putin geben und dann könnten solche Kontakte durchaus interessant sein. Wie bereits betont, Außenpolitik sollte langfristige Perspektiven haben und nicht nur auf das Heute bezogen sein. Hier ist Einiges verabsäumt worden, wie übrigens auch in anderen Regionen.

Als Sozialdemokrat erinnert man sich wehmütig an Zeiten, da es eine höchst aktive Ostpolitik, vor allem unter Willy Brandt, aber auch eine auf Dialog und Annäherung ausgelegte Sicherheitspolitik gegeben hat. Gerade Österreich, welches unter Bruno Kreisky sich ganz wesentlich für die KSZE, die ja immer noch ihr Hauptquartier in Wien hat, eingesetzt hat, war hier besonders engagiert. Diese Art der Entspannungspolitik wäre doch auch heute noch im wohlverstandenen Eigeninteresse Europas. Siehst Du z.B. eine Möglichkeit, derartige Ideen auch in die Diskussionen der Konferenz zur Zukunft Europas einzubringen?

Schieder: Ich sehe leider geringere Chancen dafür. Und zwar vor allem auch wegen der weltpolitischen Entwicklungen. Zuletzt agieren Staaten, deren Menschenrechtspolitik durchaus genügend Anlass zu Kritik gibt wie z.B. China, deutlich selbstbewusster und aggressiver. Man hat sich zuletzt eher vom Dialog hin zu einer Konfrontationspolitik entwickelt. Auch Putin agiert ähnlich. Aber auch die USA und die NATO haben sich in den letzten Jahren zunehmend aggressiver positioniert. Und das kriegerische Verhalten des NATO-Mitgliedes darf hier auch nicht unerwähnt bleiben. Man sollte die Hoffnung aber nicht aufgeben und versuchen, die ja noch bestehenden Foren wie KSZE, auch OSZE, zu stärken. Auch der Europarat hat zuletzt leider sehr an Bedeutung verloren. Es gibt aber noch Foren, in denen es relativ gut funktioniert. Dabei handelt es sich zumeist um öffentlich kaum bekannte Gremien wie das Arctic Forum, in dem auch neben den Amerikanern, Russen und Europäern auch andere Länder wie Kanada mitarbeiten. Aber, es stimmt schon, es gibt deutlich mehr Saboteure, die einen echten Dialog stören. Das darf man aber nicht hinnehmen. Ich habe z.B. die Erfahrung gemacht, dass es auf vordergründig unpolitischen

Ebenen wie Sport, Wissenschaft bis hin zur Wirtschaft durchaus besser funktioniert.

Dem weitverbreiteten Nationalismus entgegenreten

Liege ich völlig falsch mit der Einschätzung, dass die Ursachen für viele der aktuellen Probleme innerhalb der EU aber auch darüber hinaus, nicht zuletzt auch in Russland, mit der starken Entwicklung nationalistischer, teilweise auch rassistischer, Bewegungen zusammenhängt? Liegen nicht auch viele der aktuellen Problem innerhalb der EU daran?

Schieder: Damit schneidest Du den Kern des Problems an. Ich glaube auch, dass der politische Konsens, der auch zur europäischen Einigung geführt hat, brüchig geworden ist. Es gibt einige Regierungen, die ganz bewusst das Konzept eines vereinten Europas hintertreiben. Polen, Ungarn, Slowenien sind hier an vorderster Stelle zu nennen, leider auch manchmal die Österreichische Bundesregierung. Es ist auch der frühere Konsens zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten, wir schaffen eine einheitliche politische, wirtschaftliche aber auch soziale Union, brüchig geworden. Wie bereits zuvor erwähnt, ist es bemerkenswert, dass die Schaffung eines gemeinsamen sozialen Raumes noch immer nicht gelungen ist. Es ist aber auch festzustellen, dass die Konservativen zwischen Rechtspopulismus und klassischer christlich-sozialer Orientierung zerrissen sind. Diese Spaltung sehen wir überall in Europa. Es ist meines Erachtens dringend nötig, dass die Konservativen eine Grundsatzentscheidung treffen, mit wem sie im Bett liegen möchten. Dass sie dies vor größte Schwierigkeiten stellt, haben wir ja um die Mitgliedschaft der ungarischen Fidesz in der Europäischen Volkspartei gesehen. Viktor Orban ist dem Ausschluss letztendlich durch einen Austritt zuvorgekommen. Dass die türkische ÖVP hier eine höchst bedenkliche Rolle gespielt hat und dass mit einer Ausnahme sämtliche ÖVP-Abgeordnete für einen Verbleib der Fidesz gestimmt haben, sollte doch zu denken geben.

Ich bin sehr dafür, dass man in dieser Frage innerhalb der EU „tacheless“ redet. Es ist einfach nicht hinzunehmen, dass jene, welche unsere Prinzipien verachten und permanent verletzen, dann noch wie Polen zu den größten Geldempfängern innerhalb der EU zählen. Mit Polen erreichte man zuletzt zwar einen Kompromiss,

man wird aber weiter sehen. Und dass in Ungarn inzwischen, auch mit massiver finanzieller Unterstützung seitens der EU, ein absolut autoritäres und korruptes System entstanden ist, darf auch nicht hingelassen werden. Es gibt zwar auch schon hier erste Anzeichen von Widerstand um den Bürgermeister von Budapest, aber noch sind die illiberalen Autokraten an der Macht. Dies ist absolut inakzeptabel und wir sollten auch auf EU-Ebene, auch im Europaparlament, diesbezüglich viel klarer und härter agieren. Ich bin ein unbedingter Anhänger davon, jene Staaten, welche die politischen Grundsätze der EU verletzen, auch mit finanziellen Sanktionen zu belegen. Hier gäbe es bei diversen Programmen wie dem Wiederaufbaufonds etc. genügend Möglichkeiten. Ich bin absolut dagegen, dass auch das Geld der österreichischen Steuerzahler zum Aufbau autoritärer und korrupter Systeme beiträgt.

Wir kommen jetzt zu einem Thema, welches Du bereits zuvor erwähnt hast: Die Organisation und innere Aufgaben- und Machtverteilung innerhalb der EU. Die EU besteht aus drei tragenden institutionellen Säulen: dem Rat, der Kommission und dem Parlament. Die Machtverteilung dieser Dreien stellt einen mühsam erreichten Kompromiss unterschiedlicher Interessen dar, so richtig zufrieden ist kaum jemand damit. Zuletzt ist auch immer wieder an der Schwerfälligkeit des Rates Kritik geübt worden. Dort ist es – nicht zuletzt wegen der notwendigen Einstimmigkeit bei wichtigen Fragen – zu Blockaden und langen Verzögerungen gekommen. Die Österreichische Bundesregierung war daran ja öfter beteiligt, man erinnere an die „Geizigen Vier“. Auch aktuell ist Österreich wieder an einer derartigen lobbyistischen Aktion im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik beteiligt. Diese Fragen werden sicherlich bei der Diskussion im Rahmen der Zukunftskonferenz eine Rolle spielen, was ist da zu erwarten? Hältst Du Veränderungen in diesen Bereichen für möglich?

Schieder: Die EU ist auf Basis eines sehr komplexen Ausgleichssystems geschaffen worden. Es war wichtig, Ausgleiche zu finden zwischen großen und kleinen Ländern, zwischen Norden und Süden, Deutschland und Frankreich und eben auch zwischen Parlament, nationalen Regierungen und der Kommission. Durch die stark angestiegene Anzahl an Mitgliedsstaaten wurde es immer schwieriger, dieses System aufrechtzuerhalten. Leider hat sich inzwischen dieses System des Kompromisses und des Interessenausgleiches zu einem perfekten Blockadesystem entwickelt. Eine kleine Gruppe kann immer einen Hebel finden, die Mehrheit zu blockieren. Das jüngste Beispiel war wieder einmal die Landwirtschaftspolitik, die zuletzt wieder für die nächsten sieben Jahre verhandelt worden ist. Das Ergebnis der Verhandlungen im Parlament war meiner Ansicht bereits ziemlich schwach, was dann aber in den Verhandlungen mit den europäischen Agrarministern herausgekommen ist, ist eine Katastrophe. Dies war wieder ein gutes Beispiel dafür, dass es mitunter wichtiger ist, auf Ebene der nationalen Politik Einfluss zu nehmen. In Österreich mit seiner türkis-grünen Regierung hat das gar nicht geklappt, die österreichische Agrarministerin war eine der Vorreiterinnen für eine antiökologische Landwirtschaft, für ein weiter wie bisher.

Die Außenpolitik ist ein weiteres Beispiel, wo in manchen Fragen höchst unterschiedliche Interessen zwischen den einzelnen Staaten bestehen und wo ein Abgehen vom Prinzip der Einstimmigkeit gut wäre, weil das dann die Entscheidungsfindung einfach beschleunigen würde.

Einstimmigkeit im Rat muss fallen

Wir stehen meiner Meinung nach an einer Weggabelung. Wir müssen uns entscheiden, ob wir ein Europa wollen, das in der sozialen

Frage, in der Steuerpolitik, im Umgang mit globalen Konzernen, in der Regulierung des Datenschutzes, natürlich auch in der Klimapolitik rasch entscheidungs- und handlungsfähig ist, oder man es bei den unzureichenden bestehenden Strukturen belässt. In der bestehenden Krise wurden durchaus positive Zeichen gesetzt, beim Zustandekommen des Wiederaufbaufonds, bei der Einführung von Eurobonds. Es gilt nun, diesen Trend fortzusetzen. Es gibt aber genügend Blockierer und Bremsen und wir werden uns einfach entscheiden müssen, wie es weitergehen soll. Das sind natürlich alle Fragen, die bei der Zukunftskonferenz besprochen werden müssen. Wie es ausgehen wird, ist schwer zu prognostizieren. Ich glaube, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind und merken, es braucht einen spürbaren Schritt nach vorne. Sie kritisieren auch die EU, weil sie nicht die Antworten gibt, welche sich die Menschen erwarten. Die Wahrheit ist: Die EU kann die geforderten Antworten nicht geben, weil sie einfach nicht die Strukturen dafür hat. Mit einem Wort: Wir benötigen dringend eine deutliche Strukturänderung der Europäischen Union.

Damit möchte ich zum Abschluss an Dich die Frage als führenden Sozialdemokraten im Europaparlament richten: Was wird die Sozialdemokratie in dieser Situation tun? Gibt es konkrete Reformvorschläge?

Schieder: Wir hatten vor kurzem eine Zusammenkunft der europäischen Sozialdemokrat*innen, um genau diese Fragen zu diskutieren. Daran nahmen auch Vertreter*innen nationaler Parlamente, der Gewerkschaften, der Städte und Regionen und von NGOs teil.

An der Spitze steht unsere Forderung, geeignete Instrumente zu schaffen, welche die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft endlich schließt, zumindest spürbar verkleinert. Wir wollen also ein sozialeres, ein gerechteres Europa, ein Europa, das in Steuerfragen und auch in Klimafragen deutlich vorankommt.

Wir sind auch für ein demokratischeres Europa ein. Wir lehnen Hinterzimmerdeals ab, diese sind nicht nur schädlich sondern stellen auch einen Nährboden für Nationalismus und Rechtspopulismus dar. Wir fordern mehr Transparenz in allen Entscheidungen und daher auch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für das Europaparlament wie die Einführung eines Initiativrechtes. Wir fordern auch eine Beschneidung der Rechte des Rates und des Einstimmigkeitsprinzips in wichtigen Fragen. Es ist für uns einfach nicht mehr akzeptabel, dass ganz Europa von einem Klub von 27 Ministerpräsident*innen regiert wird.

Wir werden in ganz Europa ab dem kommenden Herbst diese Forderungen in den Mittelpunkt zahlreicher Aktionen stellen. Sollte es dann nötig sein, dass sich daraus auch konkrete Änderungen der europäischen Verträge als notwendig erweisen, so werden wir diese vorschlagen. Aber eine Änderung der Verträge kann es für uns Sozialdemokrat*innen nur dann geben, wenn sich die EU weitaus stärker als bisher als Sozialunion versteht. 

Herzlichen Dank.

Das Gespräch führte Fritz Edlinger via Skype am 9.8.2021.

Andreas Schieder kandidierte bei Wahlen zum Europaparlament 2019 als Spitzenkandidat der SPÖ und ist seit damals auch Vorsitzender der SPÖ-Fraktion im EP. Er ist unter anderem Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Europaparlament. Er ist auch Vorsitzender im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Nordmazedonien.